

Presserklärung der Evangelischen Hochschule Hamburg zur Planung einer erneuten Geschlossenen Unterbringung für Hamburg

Geschlossene Unterbringung – der Senat ist auf einem Irrweg

Mit Erleichterung hat die Ev. Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie die Entscheidung der Jugendministerin des Landes Brandenburg aufgenommen, der Haasenburg GmbH die Erlaubnis zum Betrieb der geschlossenen Heime in Brandenburg zu entziehen. Diese Entscheidung stützt sich auf den Bericht einer vom Land Brandenburg eingesetzten Kommission. In diesem Bericht werden schwere Missstände bestätigt. Die Persönlichkeiten der dort untergebrachten Kinder und Jugendlichen wurden erheblich verletzt. In diese Heime waren in den letzten Jahren auch etwa 50 Hamburger Kinder und Jugendliche eingewiesen worden.

Mit Fassungslosigkeit haben wir am 14.11. zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Lehre, die der Senat aus den beiden gescheiterten Einrichtungen zieht (die Geschlossene Unterbringung in der Feuerbergstrasse und anschließend die „Haasenburg“), darin besteht, ein weiteres geschlossenes Heim zu eröffnen.

So kann es nicht gehen. Aus den gescheiterten geschlossenen Unterbringungen zieht die Ev. Hochschule entgegengesetzte Schlüsse: Auf die Geschlossene Unterbringung muß verzichtet werden.

Die Geschehnisse in der Haasenburg GmbH haben erneut gezeigt, dass die Erziehung unter Einschluss immer wieder Missbrauch und Gewalt an jungen Menschen erzeugen. Wir wollen aufgrund dieser wissenschaftlich gesicherten Überzeugung zur Vermeidung von geschlossener Unterbringung für Kinder, Jugendliche und Familien in Krisensituationen beitragen und wissen uns bei dem Bestreben zur Verhinderung des Wegschließens von vielen Trägern unterstützt.

Nach Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die Haasenburg GmbH hatte sich im letzten Jahr in der Ev. Hochschule das seit dem Widerstand gegen die geschlossene Einrichtung in Hamburg existierende Aktionsbündnis gegen geschlossene Unterbringung mit neuem Ziel konstituiert: MitarbeiterInnen freier Träger aus der Jugendhilfe mit Erfahrung und Kompetenz in Kriseninterventionen, Abgeordnete der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Studierende und Dozenten der Hochschule sammelten und verbreiteten die Nachrichten über schwere Missstände in den Heimen der Haasenburg GmbH und berieten Wege, diese unerträgliche Situation für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu beenden. Das Aktionsbündnis wurde so auch zur

Anlaufstelle für ehemalige Heiminsassen und ihre Eltern. Einige haben inzwischen Strafanzeigen gegen die Einrichtung gestellt.

Im nächsten Schritt müssen Netzwerke unterschiedlicher Hilfen geknüpft werden, um die im individuellen Fall geeignete Hilfe zu finden und aufbauen zu können. Es geht dabei ausdrücklich nicht um besondere Einrichtungen für besondere Hilfen, und schon gar nicht um Einrichtungen für Hilfen mit Einschluss. Wir brauchen nach den schlimmen Erfahrungen mit Geschlossener Unterbringung keine Wiederholung gescheiterter Experimente. Wir brauchen keine neue Konzeption und keine neue Einrichtung. Wir brauchen die verlässliche Zusammenarbeit mit Trägern und Einzelpersonen, um mit unterschiedlichen Unterstützungen und Hilfen die Krisensituationen von Familien, Kindern und Jugendlichen im Einzelfall verlässlich zu begleiten und zu meistern. An einer solchen Konzeption wird im Rahmen des Aktionsbündnisses gearbeitet.

Wir bieten unsere Unterstützung und Mitarbeit an, sollte sich die zuständige Behörde und der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dazu entschließen, Strukturen für eine verlässliche Alternative zur Geschlossenen Unterbringung aufzubauen.

für die Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie  
Andreas Theurich, Rektor

rektorat.eh@rauheshaus.de

Fon: (040) 65591-180